

Familiengerichtliches Verfahren

1. und 2. Buch

Kommentar

bis zur 7. Aufl. herausgegeben von

Dr. Hans-Joachim Musielak

em. o. Prof. an der Universität Passau

bearbeitet von

Helmut Borth

Präsident des AG Stuttgart a. D.

Dr. Martin Frank

Vors. Richter am OLG Karlsruhe
Zivilsenate in Freiburg

8., neubearbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2026

Zitiervorschlag:
Musielak/Borth/Frank/Bearbeiter FamFG § ... Rn. ...

vahlen.de

ISBN PRINT 978 3 8006 7863 1

© 2026 Verlag Franz Vahlen GmbH, München
Wilhelmstr. 9, 80801 München
info@vahlen.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Umschlaggestaltung: Ralph Zimmermann – Bureau Paraplui

vahlen.de/nachhaltig
produktsicherheit.vahlen.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 8. Auflage

Im Bereich des Familienrechts sowie Familienverfahrensrechts sind seit dem Erscheinen der Voraufgabe im September 2022 mehrere gesetzliche Änderungen sowie Neuregelungen – teilweise veranlasst durch verfassungsrechtliche Vorgaben – in Kraft getreten, die jedoch grundlegende Strukturen unberührt ließen und in erster Linie eine Fortentwicklung bestehender Vorschriften beinhalten.

Der Schwerpunkt der Neuauflage liegt deshalb vor allem in der Umsetzung der höchstrichterlichen sowie obergerichtlichen Rechtsprechung, die im Verfahrensrecht zu immer weitergehenden Verfeinerungen und Differenzierungen führt; hierzu hatte sich der BGH unter anderem mit den Auswirkungen der durch die Einführung des FamFG zum 1.9.2009 vollzogenen Zusammenführung der Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Zivilgerichtsbarkeit zu befassen. Dies betraf unter anderem die wichtige Abgrenzung der funktionellen Zuständigkeit zwischen den allgemeinen Zivilsenaten und den Familiensenaten, die sich auf die Anwendung des maßgeblichen Verfahrensrechts sowie des entsprechenden Rechtsmittels auswirkt. Auch in mehreren Rechtsmittelverfahren zu Ehe- und Familienstreitsachen war die in § 117 FamFG erfolgte Eingliederung wesentlicher Vorschriften der ZPO in das familiengerichtliche Beschwerdeverfahren Verfahrensgegenstand, ebenso die Abgrenzung zwischen Familiensachen und streitentscheidenden Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit zur Frage der Zuordnung eines Verfahrens zu den sonstigen Familiensachen.

Ferner gab das in den §§ 58 ff. FamFG geregelte Beschwerdeverfahren wiederholt Anlass zu eingehenden Entscheidungen. Dies betrifft etwa die Teilbarkeit des Verfahrensgegenstandes in Kindschaftssachen oder die Frage, in welchen Fällen eine Zurückverweisung wegen fehlender Sachentscheidung nach § 69 Abs. 1 S. 2 FamFG zulässig ist. Breiter Raum wurde auch den Verfahrensfragen in Kindschaftssachen eingeräumt. Erörtert wurde etwa, ob eine Vereinbarung trotz teilweiser Nichtvollstreckbarkeit gerichtlich gebilligt werden kann, oder die Stellung des über 14jährigen Kindes im Verfahren. Außerdem hat die Rechtsprechung die Neuregelungen zum Verfahrensbeistand weiter ausgeschärft. Für die Gerichtskosten nach dem FamGKG war weitere Rechtsprechung zum Verfahrenswert einer Volljährigenadoption einzuarbeiten. Im Bereich der Brüssel IIb-VO sind grundlegende Entscheidungen vor allem des EuGH und des BGH ergangen, so zu den zentralen Begriffen „Ehe“ oder „Entscheidung“. Berücksichtigt wurde auch der mittlerweile vorliegende Praxisleitfaden der Kommission für die Anwendung der Brüssel IIb-VO.

Neben den Auswirkungen der Rechtsprechung auf die Verfahrenspraxis waren mehrere gesetzliche Änderungen sowie Neuregelungen aus verschiedenen Bereichen des Familienrechts sowie Verfahrensrechts zu berücksichtigen. Dies betrifft

- das Gesetz zur Änderung des Zuständigkeitsstreitwerts der Amtsgerichte, zum Ausbau der Spezialisierung der Justiz in Zivilsachen sowie zur Änderung weiterer prozessualer Regelungen (v. a. Anhebung des Beschwerdewerts gemäß § 61 FamFG auf 1.000 €);
- das Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Einführung der elektronischen Akte in der Justiz (§ 14 FamFG mit Wirkung bis 2036);
- die Änderung des Gesetzes zur Förderung von Videokonferenztechniken der Zivilgerichtsbarkeit (s. § 32 FamFG seit 2024);
- das Gesetz zur Änderung bzw. Neuregelung des Kosten- und Betreuervergütungsrechts (u. a. auch Änderung mehrerer Verfahrenswerte in Familiensachen);
- das Gesetz zur Durchführung der EU-Verordnungen über grenzüberschreitende Zustellungen und grenzüberschreitende Beweisaufnahmen in Zivil- und Handelssachen sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften;
- das Gesetz zur Änderung des Ehenamens- und Geburtsnamensrechts und des Internationalen Namensrechts;
- das Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und zur Änderung weiterer Vorschriften.
- Der vom BMJV in das Gesetzgebungsverfahren eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versorgungsausgleichsrechts, der neben den sog. vergessenen Anrechten insbesondere weitere Regelungen zu Geringfügigkeit von Anrechten (§ 18 VersAusglG) sowie zur Anpassung verfahrensrechtlicher Regelungen enthält (§§ 224 Abs. 3, 227 Abs. 1, 2 FamFG), wurde in den jeweiligen Ausführungen ebenfalls berücksichtigt.

Herr Rechtsanwalt Dr. Mathias Grandel, der in den Voraufgaben die Kommentierung der Anwaltsgebühren verantwortete und dem unser besonderer Dank für seine langjährige sorgfältige und fachlich hervorragende Kommentierung gilt, hat um seine Entlastung gebeten. Die entsprechenden Teile wurden von Herrn Frank übernommen, so dass sich die Kommentierungen des FamGKG sowie der Anwaltsgebühren in einer Hand befinden.

Heilbronn, Freiburg im Mai 2026

Helmut Borth
Martin Frank

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2009)

Das Ziel des Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit besteht darin, für das familiengerichtliche Verfahren eine geschlossene Verfahrensordnung zu schaffen und das Recht der Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit neu zu ordnen. Dabei hat der Gesetzgeber im Allgemeinen Teil (Buch 1) des FamFG die allgemeinen Grundsätze des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit neu strukturiert und umfassend kodifiziert, zugleich aber die Grundsätze des FG-Verfahrens unangetastet gelassen. Der Allgemeine Teil stellt sich damit als Stammgesetz für die Bücher 2 bis 8 dar. Neu geordnet wurde das familiengerichtliche Verfahren in Buch 2, das nach Verfahrensgegenständen in zwölf inhaltlich selbständige Abschnitte gegliedert ist.

Angesichts des stark gewachsenen Umfangs der für das familiengerichtliche Verfahren maßgebenden Vorschriften im Allgemeinen Teil sowie im Buch 2 zum familiengerichtlichen Verfahren, wozu auch das neu geschaffene Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen sowie die Änderungen im GVG beitragen, haben sich Herausgeber, Verlag und Autoren entschlossen, das gesamte familiengerichtliche Verfahren in einem gesonderten Band zum Musielak, Kommentar zur Zivilprozessordnung, darzustellen, um Tiefe und Umfang der Kommentierung aller erfassten Bereiche in der bisherigen Qualität beibehalten zu können. Dennoch bleibt nicht nur äußerlich die inhaltliche Verbindung beider Werke bestehen. Der enge Bezug ergibt sich nicht zuletzt dadurch, dass die Bestimmungen des FamFG auf die Vorschriften der ZPO verweisen. Insbesondere im Verfahren des ersten Rechtszuges und im Rechtsmittelverfahren in Ehesachen und Familienstreitsachen sowie in der Regelung der Verfahrenskostenhilfe baut deshalb die Kommentierung des familiengerichtlichen Verfahrens auf den Erläuterungen der Bestimmungen der ZPO auf.

Die Kommentierung der Anwaltsgebühren hat auch in diesem Band Herr Rechtsanwalt Dr. Mathias Grandel übernommen.

Passau/Heilbronn, im Juni 2009

Hans-Joachim Musielak
Helmut Borth

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 8. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2009)	VI
Verzeichnis der Abkürzungen und der abgekürzt zitierten Literatur	XIII

Familiengerichtliches Verfahren 1. und 2. Buch FamFG

Das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz – FGG-RG)	1
Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)	9

Buch 1. Allgemeiner Teil

Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften

	§§
Anwendungsbereich	1
Örtliche Zuständigkeit	2
Verweisung bei Unzuständigkeit	3
Abgabe an ein anderes Gericht	4
Gerichtliche Bestimmung der Zuständigkeit	5
Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen	6
Beteiligte	7
Beteiligtenfähigkeit	8
Verfahrensfähigkeit	9
Bevollmächtigte	10
Verfahrensvollmacht	11
Beistand	12
Akteneinsicht	13
Elektronische Akte; elektronisches Dokument; Verordnungsermächtigung	14
Formulare; Verordnungsermächtigung	14a
Nutzungspflicht für Rechtsanwälte, Notare und Behörden	14b
Bekanntgabe; formlose Mitteilung	15
Fristen	16
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	17
Antrag auf Wiedereinsetzung	18
Entscheidung über die Wiedereinsetzung	19
Verfahrensverbindung und -trennung	20
Aussetzung des Verfahrens	21
Antragsrücknahme; Beendigungserklärung	22
Mitteilungen an die Familien- und Betreuungsgerichte	22a

Abschnitt 2. Verfahren im ersten Rechtszug

Verfahrenseinleitender Antrag	23
Anregung des Verfahrens	24
Anträge und Erklärungen zur Niederschrift der Geschäftsstelle	25
Ermittlung von Amts wegen	26
Mitwirkung der Beteiligten	27
Verfahrensleitung	28
Beweiserhebung	29
Formliche Beweisaufnahme	30
Glaubhaftmachung	31
Termin	32
Persönliches Erscheinen der Beteiligten	33
Persönliche Anhörung	34
Zwangsmittel	35
Vergleich	36
Mediation, außergerichtliche Konfliktbeilegung	36a
Grundlage der Entscheidung	37

Abschnitt 3. Beschluss

Entscheidung durch Beschluss	38
Rechtsbehelfsbelehrung	39
Wirksamwerden	40
Bekanntgabe des Beschlusses	41

Inhaltsübersicht

	§§
Berichtigung des Beschlusses	42
Ergänzung des Beschlusses	43
Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	44
Formelle Rechtskraft	45
Rechtskraftzeugnis	46
Wirksam bleibende Rechtsgeschäfte	47
Abänderung und Wiederaufnahme	48

Abschnitt 4. Einstweilige Anordnung

Einstweilige Anordnung	49
Zuständigkeit	50
Verfahren	51
Einleitung des Hauptsacheverfahrens	52
Vollstreckung	53
Aufhebung oder Änderung der Entscheidung	54
Aussetzung der Vollstreckung	55
Außerkräfttreten	56
Rechtsmittel	57

Abschnitt 5. Rechtsmittel

Unterabschnitt 1. Beschwerde

Statthaftigkeit der Beschwerde	58
Beschwerdeberechtigte	59
Beschwerderecht Minderjähriger	60
Beschwerdewert; Zulassungsbeschwerde	61
Statthaftigkeit der Beschwerde nach Erledigung der Hauptsache	62
Beschwerdefrist	63
Einlegung der Beschwerde	64
Beschwerdebegründung	65
Anschlussbeschwerde	66
Verzicht auf die Beschwerde; Rücknahme der Beschwerde	67
Gang des Beschwerdeverfahrens	68
Beschwerdeentscheidung	69

Unterabschnitt 2. Rechtsbeschwerde

Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	70
Frist und Form der Rechtsbeschwerde	71
Gründe der Rechtsbeschwerde	72
Anschlussrechtsbeschwerde	73
Entscheidung über die Rechtsbeschwerde	74
Zurückweisungsbeschluss	74a
Sprungrechtsbeschwerde	75

Abschnitt 6. Verfahrenskostenhilfe

Voraussetzungen	76
Bewilligung	77
Beordnung eines Rechtsanwalts	78
(entfallen)	79

Abschnitt 7. Kosten

Umfang der Kostenpflicht	80
Grundsatz der Kostenpflicht	81
Zeitpunkt der Kostenentscheidung	82
Kostenpflicht bei Vergleich, Erledigung und Rücknahme	83
Rechtsmittelkosten	84
Änderung der Kostenentscheidung	84a
Kostenfestsetzung	85

Abschnitt 8. Vollstreckung

Unterabschnitt 1. Allgemeine Vorschriften

Vollstreckungstitel	86
Verfahren; Beschwerde	87

Unterabschnitt 2. Vollstreckung von Entscheidungen über die Herausgabe von Personen und die Regelung des Umgangs

Grundsätze	88
Ordnungsmittel	89

	§§
Anwendung unmittelbaren Zwangs	90
Richterlicher Durchsuchungsbeschluss	91
Vollstreckungsverfahren	92
Einstellung der Vollstreckung	93
Eidesstattliche Versicherung	94
Unterabschnitt 3. Vollstreckung nach der Zivilprozessordnung	
Anwendung der Zivilprozessordnung	95
Vollstreckung in Verfahren nach dem Gewaltschutzgesetz und in Ehewohnungssachen	96
Vollstreckung in Abstammungssachen	96a
Abschnitt 9. Verfahren mit Auslandsbezug	
Unterabschnitt 1. Verhältnis zu völkerrechtlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der Europäischen Union	
Vorrang und Unberührtheit	97
Unterabschnitt 2. Internationale Zuständigkeit	
Ehesachen; Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	98
Kindschaftssachen	99
Abstammungssachen	100
Adoptionssachen	101
Versorgungsausgleichssachen	102
Lebenspartnerschaftssachen	103
Betreuungs- und Unterbringungssachen; Pflegschaft für Erwachsene	104
Andere Verfahren	105
Keine ausschließliche Zuständigkeit	106
Unterabschnitt 3. Anerkennung und Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen	
Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen	107
Anerkennung anderer ausländischer Entscheidungen	108
Anerkennungshindernisse	109
Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen	110
Buch 2. Verfahren in Familiensachen	
Abschnitt 1. Allgemeine Vorschriften	
Familiensachen	111
Familienstreitsachen	112
Anwendung von Vorschriften der Zivilprozessordnung	113
Vertretung durch einen Rechtsanwalt; Vollmacht	114
Zurückweisung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln	115
Entscheidung durch Beschluss; Wirksamkeit	116
Rechtsmittel in Ehe- und Familienstreitsachen	117
Wiederaufnahme	118
Einstweilige Anordnung und Arrest	119
Vollstreckung	120
Abschnitt 2. Verfahren in Ehesachen; Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen	
Unterabschnitt 1. Verfahren in Ehesachen	
Ehesachen	121
Örtliche Zuständigkeit	122
Abgabe bei Anhängigkeit mehrerer Ehesachen	123
Antrag	124
Verfahrensfähigkeit	125
Mehrere Ehesachen; Ehesachen und andere Verfahren	126
Eingeschränkte Amtsermittlung	127
Persönliches Erscheinen der Ehegatten	128
Mitwirkung der Verwaltungsbehörde oder dritter Personen	129
Vorrang- und Beschleunigungsgebot	129a
Säumnis der Beteiligten	130
Tod eines Ehegatten	131
Kosten bei Aufhebung der Ehe	132

Inhaltsübersicht

§§

Unterabschnitt 2. Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen

Inhalt der Antragsschrift	133
Zustimmung zur Scheidung und zur Rücknahme, Widerruf	134
Außergerichtliche Konfliktbeilegung über Folgesachen	135
Aussetzung des Verfahrens	136
Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	137
Beordnung eines Rechtsanwalts	138
Einbeziehung weiterer Beteiligten und dritter Personen	139
Abtrennung	140
Rücknahme des Scheidungsantrags	141
Einheitliche Endentscheidung; Abweisung des Scheidungsantrags	142
Einspruch	143
Verzicht auf Anschlussrechtsmittel	144
Befristung und Einschränkung von Rechtsmittelerweiterung und Anschlussrechtsmittel	145
Zurückverweisung	146
Erweiterte Aufhebung	147
Wirksamwerden von Entscheidungen in Folgesachen	148
Erstreckung der Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe	149
Kosten in Scheidungssachen und Folgesachen	150

Abschnitt 3. Verfahren in Kindschaftssachen

Kindschaftssachen	151
Örtliche Zuständigkeit	152
Abgabe an das Gericht der Ehesache	153
Verweisung bei einseitiger Änderung des Aufenthalts des Kindes	154
Vorrang- und Beschleunigungsgebot	155
Verfahren zur Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge	155a
Beschleunigungsrüge	155b
Beschleunigungsbeschwerde	155c
Hinwirken auf Einvernehmen	156
Erörterung der Kindeswohlgefährdung; einstweilige Anordnung	157
Bestellung des Verfahrensbeistands	158
Eignung des Verfahrensbeistands	158a
Aufgaben und Rechtsstellung des Verfahrensbeistands	158b
Vergütung; Kosten	158c
Persönliche Anhörung des Kindes	159
Anhörung der Eltern	160
Mitwirkung der Pflegeperson	161
Mitwirkung des Jugendamts	162
Sachverständigengutachten	163
Ausschluss der Vernehmung des Kindes	163a
Bekanntgabe der Entscheidung an das Kind	164
Vermittlungsverfahren	165
Abänderung und Überprüfung von Entscheidungen und gerichtlich gebilligten Vergleichen	166
Anwendbare Vorschriften bei Unterbringung Minderjähriger und bei freiheitsentziehenden Maßnahmen bei Minderjährigen	167
Besondere Vorschriften für Verfahren nach § 1686a des Bürgerlichen Gesetzbuchs	167a
Genehmigungsverfahren nach § 1631e des Bürgerlichen Gesetzbuchs; Verordnungsermächtigung	167b
Auswahl des Vormunds	168
Inhalt der Beschlussformel und Wirksamwerden der Beschlüsse	168a
Bestellungsurkunde	168b
Anhörung in wichtigen Angelegenheiten	168c
Verfahren zur Festsetzung von Zahlungen	168d
Beendigung der Vormundschaft	168e
Pflegschaft für Minderjährige	168f
Mitteilungspflichten des Standesamts	168g

Abschnitt 4. Verfahren in Abstammungssachen

Abstammungssachen	169
Örtliche Zuständigkeit	170
Antrag	171
Beteiligte	172
Vertretung eines Kindes durch einen Beistand	173
Verfahrensbeistand	174
Erörterungstermin; persönliche Anhörung	175
Anhörung des Jugendamts	176
Eingeschränkte Amtsermittlung; förmliche Beweisaufnahme	177
Untersuchungen zur Feststellung der Abstammung	178
Mehrheit von Verfahren	179
Erklärungen zur Niederschrift des Gerichts	180
Tod eines Beteiligten	181

	§§
Inhalt des Beschlusses	182
Kosten bei Anfechtung der Vaterschaft	183
Wirksamkeit des Beschlusses, Ausschluss der Abänderung, ergänzende Vorschriften über die	
Beschwerde	184
Wiederaufnahme des Verfahrens	185

Abschnitt 5. Verfahren in Adoptionssachen

Adoptionssachen	186
Örtliche Zuständigkeit	187
Beteiligte	188
Fachliche Äußerung	189
[aufgehoben]	190
Verfahrensbeistand	191
Anhörung der Beteiligten	192
Anhörung weiterer Personen	193
Anhörung des Jugendamts	194
Anhörung des Landesjugendamts	195
Unzulässigkeit der Verbindung	196
Zurückweisung des Antrags	196a
Beschluss über die Annahme als Kind	197
Beschluss in weiteren Verfahren	198
Anwendung des Adoptionswirkungsgesetzes	199

Abschnitt 6. Verfahren in Ehewohnungs- und Haushaltssachen

Ehewohnungssachen; Haushaltssachen	200
Örtliche Zuständigkeit	201
Abgabe an das Gericht der Ehesache	202
Antrag	203
Beteiligte	204
Anhörung des Jugendamts in Ehewohnungssachen	205
Besondere Vorschriften in Haushaltssachen	206
Erörterungstermin	207
Tod eines Ehegatten	208
Durchführung der Entscheidung, Wirksamkeit	209

Abschnitt 7. Verfahren in Gewaltschutzsachen

Gewaltschutzsachen	210
Örtliche Zuständigkeit	211
Beteiligte	212
Anhörung des Jugendamts	213
Einstweilige Anordnung	214
Bestätigung des Vergleichs	214a
Durchführung der Endentscheidung	215
Wirksamkeit, Vollstreckung vor Zustellung	216
Mitteilung von Entscheidungen	216a

Abschnitt 8. Verfahren in Versorgungsausgleichssachen

Versorgungsausgleichssachen	217
Örtliche Zuständigkeit	218
Beteiligte	219
Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht	220
Erörterung, Aussetzung	221
Durchführung der externen Teilung	222
Antragserfordernis für Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	223
Entscheidung über den Versorgungsausgleich	224
Zulässigkeit einer Abänderung des Wertausgleichs bei der Scheidung	225
Durchführung einer Abänderung des Wertausgleichs bei der Scheidung	226
Sonstige Abänderungen	227
Zulässigkeit der Beschwerde	228
Elektronischer Rechtsverkehr zwischen den Familiengerichten und den Versorgungsträgern	229
(weggefallen)	230

Abschnitt 9. Verfahren in Unterhaltssachen

Unterabschnitt 1. Besondere Verfahrensvorschriften

Unterhaltssachen	231
Örtliche Zuständigkeit	232
Abgabe an das Gericht der Ehesache	233
Vertretung eines Kindes durch einen Beistand	234

Inhaltsübersicht

	§§
Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht der Beteiligten	235
Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht Dritter	236
Unterhalt bei Feststellung der Vaterschaft	237
Abänderung gerichtlicher Entscheidungen	238
Abänderung von Vergleichen und Urkunden	239
Abänderung von Entscheidungen nach den §§ 237 und 253	240
Verschärfte Haftung	241
Einstweilige Einstellung der Vollstreckung	242
Kostenentscheidung	243
Unzulässiger Einwand der Volljährigkeit	244
Bezifferung dynamisierter Unterhaltstitel zur Zwangsvollstreckung im Ausland	245
Unterabschnitt 2. Einstweilige Anordnung	
Besondere Vorschriften für die einstweilige Anordnung	246
Einstweilige Anordnung vor Geburt des Kindes	247
Einstweilige Anordnung bei Feststellung der Vaterschaft	248
Unterabschnitt 3. Vereinfachtes Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger	
Statthaftigkeit des vereinfachten Verfahrens	249
Antrag	250
Maßnahmen des Gerichts	251
Einwendungen des Antragsgegners	252
Festsetzungsbeschluss	253
Mitteilungen über Einwendungen	254
Streitiges Verfahren	255
Beschwerde	256
Besondere Verfahrensvorschriften	257
Sonderregelungen für maschinelle Bearbeitung	258
Formulare	259
Bestimmung des Amtsgerichts	260
Abschnitt 10. Verfahren in Güterrechtssachen	
Güterrechtssachen	261
Örtliche Zuständigkeit	262
Abgabe an das Gericht der Ehesache	263
Verfahren auf Stundung und auf Übertragung von Vermögensgegenständen	264
Einheitliche Entscheidung	265
Abschnitt 11. Verfahren in sonstigen Familiensachen	
Sonstige Familiensachen	266
Örtliche Zuständigkeit	267
Abgabe an das Gericht der Ehesache	268
Abschnitt 12. Verfahren in Lebenspartnerschaftssachen	
Lebenspartnerschaftssachen	269
Anwendbare Vorschriften	270
	Seite
Gesetz über die Gerichtskosten in Familiensachen	733
Internationale Regelungen mit familienrechtlichen Bezügen	
Verordnung (EU) Nr. 2019/1111 des Rates vom 25. Juni 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (Brüssel-IIb-VO) ...	765
Gesetz zur Aus- und Durchführung bestimmter Rechtsinstrumente auf dem Gebiet des internationalen Familienrechts (Internationales Familienrechtsverfahrensgesetz – IntFamRVG) ..	813
Sachregister	861